

Luzerner Tagblatt

Peking meldet Erbeutung russischer Waffen

Wiener Opernjubiläum ohne Karajan

Die Havarie von Lucens

2

2

4



Die Kapellbrücke ist wieder offen

Erstmals seit fast fünf Monaten können die Luzerner wieder die Abkürzung über die Kapellbrücke benutzen. Als gestern freitagnachmittag Arbeiter die Holzgitter entfernten, die seit dem 7. Oktober 1968 den Weg versperrten, blieben die ersten Passanten etwas mißtrauisch stehen. Aber als ein älterer Mann die wenigen Tritte zum Brückenboden hinaufstieg, folgten ihm in Kurzem Abstand Dutzende nach. Trotz der vielen neuen Balken ist alles originalgetreu restauriert worden. Die Firma Eggstein AG, die sämtliche Arbeiten außer den Dachdeckerarbeiten ausführte, hat Vorzügliches geleistet. Nicht weniger als 51 Eichenrundholzpfähle wurden in 12 bis 16 Meter Tiefe gerammt und werden für die nächsten Jahrzehnte wieder ein sicheres Fundament bilden. Die Maßarbeit hat sich wirklich gelohnt: schon in wenigen Wochen werden sich die neuen Balken dunkler färben, als wären sie aus Originalholz von 1333. Die Dachdeckerarbeiten besorgte das Zimmerwerk der Stadt Luzern, das unter der Leitung von Hans Zirn dafür besorgt war, daß die Brücke originalgetreu wieder aufgebaut und sogar acht Tage früher als geplant wieder geöffnet werden konnte. Foto Hans Bättler

Der Uno-Streit mit Südafrika

Der Sicherheitsrat hat eine Resolution angenommen, in welcher die sofortige Aufgabe des Mandats von Südafrika über Südwestafrika gefordert wird. Großbritannien und Frankreich enthielten sich der Stimme mit der Begründung, daß die Uno diesen Beschluß nicht durchzusetzen vermöge und damit lediglich falsche Vorstellungen erwecke.

(R) Gemäß der Resolution will der Rat sofort die erforderlichen Maßnahmen in Erwägung ziehen, falls Südafrika der Aufforderung nicht nachkommen sollte. Hierzu bemerkte insbesondere der amerikanische Delegierte Yost, die Unterstützung der Resolution durch die USA bedeute nicht, daß die USA ohne weiteres auch die Verhängung obligatorischer Sanktionen billigen würde. Nach amerikanischer Auffassung könne die Lage durch obligatorische Sanktionen nicht in vernünftiger Weise geändert werden. Solche Maßnahmen würden sich wahrscheinlich als unwirksam erweisen und das Prestige der Uno eher schwächen als stärken. Die Resolution wurde mit 13 ohne Gegenstimme und bei zwei Enthaltungen angenommen.

Pretoria, der südafrikanische Außenminister Hilgaard Muller habe erklärt, er sehe für sein Land keine Veranlassung, das Mandat über Südwestafrika aufzugeben.

(AFP) Der südafrikanische Senat hat ein neues Gesetz verabschiedet, wonach die Regierung die administrative und finanzielle Verantwortung über Südwestafrika fast vollständig übertragen wird. Bisher befaßte sich ein Provinzialrat in Windhoek mit diesen Aufgaben.

Steigende US-Verluste in Vietnam

Saigon, 21. März (UPI) Im Vietnamkrieg zeichnete sich am Freitag eine weitere Verstärkung der Kampfaktivität ab. In einer der größten Aktionen seit Beginn der Offensive griffen die Vietkongs 65 Städte und alliierte Militärbasen in Süd-Vietnam mit Raketen und Granatwerfern an. Der größte Schlag richtete sich gegen den amerikanischen Luftstützpunkt Chu Lai, auf dem 20 Flugzeuge zerstört oder fluguntauglich gemacht wurden. Bei den anderen Raketenaktionen sollen nur geringe Verluste entstanden sein.

US-Senator fordert Gegenschlag in Vietnam

Washington, 21. März. (UPI) Der amerikanische Senator Harry Byrd äußerte sich besorgt über die steigenden Verluste der US-Streitkräfte in Vietnam und forderte die von Präsident Nixon angekündigten Gegenschläge. Vor dem Senat erklärte Byrd, die jüngsten Verluste hätten die Grenze dessen überschritten, was die von Nixon vorgeschlagene angemessene Antwort auslösen sollte.

In Nordirland gärt es weiter

Belfast, 21. März. (UPI) Nordirland scheint auch nach den Parlamentswahlen nicht zur Ruhe zu kommen. Zum erstenmal seit der Wahl am 24. Februar fand soeben in Belfast wieder eine Demonstration der katholischen Minderheit statt, die jedoch ohne Zwischenfälle verlief. Im Parlament erlitt die Regierung Ministerpräsident O'Neills eine erste Niederlage, als sich die Abgeordneten der Opposition laut singend auf dem Fußboden niederließen, um damit ihre Ablehnung eines Gesetzesantrages zu dokumentieren, der eine stärkere Polizeibewachung von Demonstrationen und Gegendemonstrationen zum Inhalt hat. Parlamentspräsident James Chichester-Clark mußte aufgrund dieser Vorfälle die Polizei rufen und die Sitzung vertagen.

Wilsons Reise nach Lagos

London, 20. März. (AFP) Der britische Premierminister Harold Wilson erklärte vor dem Unterhaus, er rechne anlässlich seines am 27. März beginnenden Besuchs in Nigeria nicht damit, mit Oberst Ojukwu zusammenzutreffen. Er werde sich nicht nach Lagos, um einen sofortigen Waffenstillstand durchzusetzen. Ebensovwenig werde er eine Vermittlerrolle im nigerianischen Konflikt übernehmen.

Schon im Jahre 1966 hatte die Uno-Generalversammlung beschlossen, Südafrika die Treuhandschaft über Südwestafrika abzusprechen und das Gebiet unter direkte Verwaltung der Uno zu stellen. Die Regierung in Pretoria widersetzte sich jedoch diesem Entschluß und verweigerte dem zuständigen Uno-Ausschuß im April 1968 die Einreise.

Kein Verzicht Pretorias auf die Treuhandschaft

Während der Beratungen im Sicherheitsrat vom 20. März verlaute aus



Beatle-Hochzeit

John Lennon, einer der berühmten Liverpooler Plitzköpfe, hat seine langjährige Freundin Yoko Ono geheiratet. Beide sind schon geschieden und haben bereits mehrfach von sich reden gemacht. Am meisten, als sie eine wenig dezente Selbstaufnahme von sich als Schallplattenhülle verwendeten. Die Schallplatte wurde daraufhin in einigen Ländern verboten; sie durften in andern Ländern ausgestellt werden und wurde auch hierzulande niemals offen aufgelegt. Photopress

China Moskaus Spielverderber

Die Sowjetpolitik gibt dem Westen wieder einmal Rätsel auf!

Nach monatelangen Vorbereitungen und wiederholten Verzögerungen haben sich die Mitglieder des Warschauer Paktes vergangenen Montag in Budapest getroffen. Welche Themen im besonderen zur Sprache kommen würden, war nicht bekannt. Die Kreolologen glaubten aber immerhin Voraussagen zu können, daß vor allem Moskaus Sorgen wegen China zur Diskussion stehen würden, ferner Pläne zur Reorganisation des Militärbündnisses und ebenso auch die Frage der Breschnew-Doktrin, durch die den Satelliten die volle staatliche Souveränität aberkannt wird. Endlich dürfte man auch eine Reaktion auf den Belgrader Parteikongreß erwarten, wo so scharfe Anklagen gegen die Gewaltherrschaft und den Dogmatismus der Sowjets erhoben worden waren.

Auf sensationelle Entscheidungen war man umso mehr gefaßt, als das Budapest-Treffen die höchsten Würdenträger sämtlicher Paktastaaten vereinigte. Hier versammelten sich nicht nur die Staats- und Parteichefs, sondern auch die Ministerpräsidenten der ganzen Ostblock-Korona. Ursprünglich war von dreitägigen Besprechungen die Rede. Schließlich hat aber eine Zusammenkunft von nur 80 Minuten Dauer stattgefunden. Es wurde eine Erklärung verabschiedet, in der alle Länder Europas zur Einberufung einer europäischen Konferenz über Fragen der Sicherheit und der friedlichen Koexistenz aufgerufen werden. Weder in dieser Erklärung noch im Abschlusscommuniqué wird der sowjetisch-chinesische Konflikt erwähnt. Keines dieser Dokumente enthält Angriffe gegen Westdeutschland oder die Vereinigten Staaten, die noch vor zwei Jahren, bei einem ähnlichen Ostblock-Treffen in Sofia, «kriminellen Verhaltens» in Vietnam beschuldigt worden waren. Nur ganz allgemein ist von «aggressiven Kräften» die Rede, welche die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und die Karte Europas verändern möchten. Im übrigen stellt der Appell die «Lebensnotwendigkeit» heraus, neue Konflikte zu vermeiden und gemeinsame Anstrengungen im Interesse des Wohlstandes des Kontinents zu unternehmen.

Daß die Budapest Besprechungen für Moskau wenig erfolgreich verlaufen sind, daran ist kaum ein Zweifel möglich. Vielsagend ist allein schon, daß die Konferenz mit großer Verspätung begann, und daß diese durch scharfe sowjetisch-rumänische Auseinandersetzungen verursacht wurde. Durch Indiskretionen ist bekannt geworden, daß es dabei um eine antichinesische Erklärung, d. h. um die Verurteilung der Politik Peking's ging. Die Rumänen hielten unerschütterlich fest an ihrer «Neutralität» zwischen den kommunistischen Supermächten und sie konnten sich zur Begründung ihrer Haltung darauf berufen, daß der Warschauer Pak als «De-

fensivbündnis» konzipiert worden war und daß er die Verwicklung der Mitgliedstaaten in Konflikte in anderen Weltregionen ausschließt. Der zweite sowjetisch-rumänische Streitpunkt betraf die Breschnew-Doktrin, die von Bukarest ebenfalls nicht weniger kategorisch abgelehnt wurde.

Alle Bemühungen, Breschnew, den rumänischen Partei- und Staatschef Ceausescu zur Aufgabe seines Widerstandes zu bewegen, scheiterten. Die Kremlführer sollen Bukarest eine Reihe wichtiger Konzessionen angeboten haben, um es zum Einlenken zu bewegen, aber ohne Resultat. Daß sie den Tschechen Dubcek mit dem Präsidium der Konferenz beehrten, war eines jener «Zückerchen», die sie ihren Vasallen in kritischen Momenten zu verabreichen pflegen. In den Augen der Rumänen zählt jedoch die CSSR politisch überhaupt nicht mehr. Deren Parteiführer sind seit dem 21. August 1968 zu willenlosen Untertanen der Russen herabgesunken und sind heute Gefangene des Politbüros in Moskau.

Wie es schließlich dazu kam, daß man sich in Budapest zum Aufruf für eine europäische Sicherheitskonferenz entschloß, in Wiederholung eines schon vor zweieinhalb Jahren erlassenen Appells, das bleibt das Geheimnis der direkt Beteiligten. Allgemein herrscht aber der Eindruck vor, es habe sich dabei um ein Ausweichmanöver, um eine Not- bzw. Ersatzlösung gehandelt, dazu bestimmt, den totalen Fehlschlag der Zusammenkunft zu verdecken. Daß die europäische Sicherheitskonferenz unter den gestellten Bedingungen (Anerkennung der Teilung Deutschlands, Ausschaltung der USA usw.) keine Aussicht auf Zustandekommen hat, weiß man natürlich im Kreml genau. Man scheint sich jedoch von dem Vorschlag Gutes zu versprechen für die Beziehungen innerhalb des Ostblocks.

Die Stimmung ist hier nämlich ausgesprochen schlecht. Die Nachwirkungen der CSSR-Ueberfalls sind längst nicht behoben, und Belgrads humaner und liberaler Kommunismus übt nach wie vor eine starke Anziehungskraft aus. Daß sich bei den zentrifugalen Entwicklungen im Ostblock auch der «nationale» Einfluß der Kommunistenparteien des Westens bemerkbar macht, wo man den Kremlführern längst nicht mehr in allen Teilen Gefolgschaft leistet, versteht sich.

Man hat sich weiterhin gefragt, wie die Rumänen den Mut fanden, den Russen in Budapest so außerordentlich selbstsicher zu begegnen, nachdem sie nach der Tschechenkrise monatelang eine äußerst vorsichtige Haltung eingenommen hatten. Wenn man Informationen aus Belgrad glauben schenken darf, so stecken die Chinesen hinter diesem Rätsel: Schon vor einem Monat sollen sie Bukarest und Belgrad von ihrem Plan Kenntnis gegeben haben, die Russen im Fernen Osten militärisch

«binden» zu wollen. Die dafür versprochenen Gegendienste erfolgten prompt: Sie bestanden in den ideologischen Attacken der Rumänen und Jugoslawen gegen die Sowjets an den Parteikongressen in Bologna und Belgrad und am Warschauer-Pakt-Treffen vom 17. März. Man wird feststellen dürfen, daß das militärische Eingreifen der Chinesen am 21. März die Bundespräsidentenwahl in Westberlin verließ (im Gegensatz zu den vorausgegangenen sowjetisch-ostdeutschen Drohungen) absolut reibungslos, und von den angekündigten Ostblock-Manövern rings um die Stadt hörte man überhaupt nichts mehr. Die Strafreaktion der Sowjets gegen Titos massive Offensive blieb ebenfalls total aus. Sie war vermutlich für Budapest geplant gewesen, konnte dann aber dort wegen des Einspruchs der Rumänen nicht gestartet werden.

Im Mai soll in Moskau das Welttreffen der Kommunistenparteien stattfinden, an dessen Vorbereitung die Kremlführer nun schon seit dem Sturz Chruschtschews arbeiten, der seinerzeit die Initiative dazu ergriffen hat. Schon zweimal hat dieser Kongreß abgesagt bzw. verschoben werden müssen. Die Chancen für seine Durchführung sind in den letzten Tagen jedoch kaum besser geworden. In dem Ringen um die Führung im Weltkommunismus, um die es bei dem «Roten Konzil» geht, steht für Moskau und für Peking Entscheidendes auf dem Spiel. Bis es so weit ist, werden die beiden verfeindeten Riesen noch allerhand Minen springen lassen und überraschende Schachzüge tätigen, um den Gegner auszumanoevrieren.

Für uns ist eine Erkenntnis wichtig: Die Politik Chinas gegen die Sowjetunion zeitigt bereits wesentliche Wirkungen auf Europa, und sie wird sich ohne Zweifel in Zukunft in noch viel größerem Maß bemerkbar machen. In gewissen Fällen mag dies begrüßenswert sein, aber leider bei weitem nicht in allen.

Erwin Haefeli

Soldat und Phönix statt des Königs

(DPA) Die griechische Militärdiktatur hat das Bildnis des Königs auf der 20-Drachmen-Münze durch ihr Revolutionsemblem ersetzt. Auf der neuen Münze wird ein aus der Asche steigender Phönix und ein Soldat mit einem Gewehr wiedergegeben. Die Rückseite der Münze schmückt eine aus dem Meer aufsteigende grüne Mondgötin nach antiker Darstellung. Bisher war dort Europa auf dem Stier zu sehen. Auf dem Münzenrand heißt es wie vorher «Königreich Griechenland». — 28 Millionen Stück der neuen Münze wurden der Bank von Griechenland zur Verfügung gestellt, die sie nach Bedarf in Umlauf setzen soll. Zwei Millionen Stück sollen in Luxusprägung für ausländische Sammler bereitgehalten werden.